

6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt

Leipzig hat eine über 1.000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte. Diese ist für die Leipziger*innen identitätsstiftend. Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene Bürger*innenstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und auch aufmüpfig ist. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Gerade Leipzigs Vielfalt ist eine Chance für Integration und ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur. Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. In Leipzig beteiligen sich die Bürger*innen aktiv an der Gestaltung des städtischen Lebens. Ein Bürger*innenentscheid hatte seinerzeit den Verkauf der kommunalen Stadtwerke verhindert, Bürger*innenvereine und Initiativen setzen sich für die vielfältigsten Belange in ihren Ortsteilen ein. Für eine möglichst breite Bürger*innenbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben. Auf Landesebene fordert DIE LINKE deshalb die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf zunächst 16 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden. Das hohe Quorum für Bürger*innenentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger*innen – auch im digitalen Zeitalter

Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Durchführung von Bürger*innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV oder die Entscheidung über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig
- die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürger*innen direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen
- die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat
- eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte bei Stadtteilverhaben
- die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürger*innenhaushaltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- für eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung.

Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant*innen wächst. Für eine erfolgreiche Integration sowie ein friedliches, vielfältiges und solidarisches Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt müssen Barrieren und Hemmnisse schneller abgebaut werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die weitere Stärkung des Migrant*innenbeirats und die Schaffung der Möglichkeit der direkten Wahl der Mitglieder des Beirats
- die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung
- die Stärkung und Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung, des Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten
- den konsequenten Einsatz der Stadt Leipzig gegen Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten.

Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der Menschen bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere Menschen – können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus die Gefahr, das urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den Datenschutz auszuhöhlen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- barrierefreiere Online-Zugänge zur Stadtverwaltung, auch für Menschen mit geringen technischen und sprachlichen Kenntnissen
- ein kostenloses WLAN im gesamten Stadtgebiet
- einen politisch verbindlichen Leitfaden zur digitalen Transformation der Stadt Leipzig
- den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die Abhängigkeit von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürgerprojekt.

6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte

DIE LINKE ist den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Frauen*-/LTI-Bewegung, der Turn- und Sportbewegung und der Entwicklung der Kleingartenvereine verpflichtet. Die revolutionären sozialdemokratischen Traditionen in unserer Stadt wollen wir durch ein angemessenes Andenken an ihre Mitbegründer August Bebel und Wilhelm Liebknecht ehren. Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns besonders in der heutigen Zeit. Gerade angesichts der rechtspopulistischen Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den antifaschistischen Widerstand stärker betonen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht und darüber hinaus die koloniale und imperialistische Vergangenheit Deutschlands und deren bis heute vorhandene, unsichtbar gemachte Auswirkungen auf unsere Gegenwart mitbedacht wird
- eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart.

Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. Geschichte ist so nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte, um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die im Kontext zur Gesamtstadt steht.

DIE LINKE setzt sich für eine Betrachtung der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven und für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Einseitige Sichtweisen und verordnete Gedächtnisse haben es längst verdient, pluraler Erinnerungskultur zu weichen. Das gilt besonders für die Systemumbruch von 1989, der nun dreißig Jahre zurückliegt. Die Zahl derjenigen wächst, die keine eigene Erinnerung mehr damit verbinden. Es ist endlich an der Zeit, dass Bürger*innen selbst über ein Einheits- und Freiheitsdenkmal in Leipzig entscheiden. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

6.3. Kultur auf allen Ebenen

Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und entwickelt werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- die finanzielle Absicherung der städtischen Kultureinrichtungen
- den Erhalt von soziokulturellen Zentren und alternativen Kinokulturangeboten (z.B. Cineding, Luru, NaTo, Prager Frühling, Schaubühne Lindenfels, Schauburg)
- den Erhalt und die Förderung von Ateliers und Kunsträumen in den Quartieren
- einen FKK-Strand an jedem der Leipziger Seen
- die Vertiefung der Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Freien Szene
- sozialverträgliche Eintrittspreise
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Subunternehmen der Eigenbetriebe Kultur (z. B. Garderobe, Sicherheitspersonal)
- eine Verdopplung des Etats für die Freie Szene und eine dynamische Erhöhung dieses Etats um jährlich fünf Prozent.

Das Schwerpunktthema kulturelle und ästhetische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken, sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen möglichst überall in der Stadt zugänglich gemacht werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der städtischen Museen und Kulturdenkmäler

- die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets und eine spezifische Fachförderrichtlinie für die Zusammenarbeit von Freien Kulturakteur*innen mit Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Horten
- die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders bei Schulen und Kitas
- die Umsetzung einer Strategie für Kunst im öffentlichen Raum
- die weitere Förderung von Graffiti als kulturelle Ausdrucksform, eine verlässliche personelle und sachliche Förderung der Koordinierungsstelle Graffiti und die Schaffung von neuen legalen Graffiti-Flächen
- kulturelle Vielfalt als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft
- den Ausbau von kulturellen Bildungs- und Vermittlungsangeboten, einschließlich der entsprechenden Honorare für die unterschiedlichen Zielgruppen unserer zunehmend diversen Stadtgesellschaft sowie die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von Migrant*innen
- die Weiterbildung von Mitarbeiter*innen kommunaler Einrichtungen und Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig aber zunehmend knapp und teuer. Stadteigene Gebäude sollen je nach aktuellem und langfristigem Bedarf kulturell weiter genutzt werden. Dazu zählen auch leerstehende Gebäude wie ehemalige Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken. Diese müssen dazu in städtischer Hand bleiben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- einen Maßnahmeplan, um preiswerte Atelier- und Probenräume langfristig in Leipzig zu sichern
- ein Konzept zur Umnutzung von kommunalen Gebäuden in Atelierräume, um Leipzig als Kunstort zu erhalten und die Unterstützung von Künstler*innen bei der Raumsuche
- die Sanierung des Bandhaus 2.0 der Bandcommunity, um mehr Proberäume zu schaffen und Schäden am Gebäude zu verhindern
- die Unterstützung bei der Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in Leipzig zu sichern
- die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

Leipzig hat ein buntes und bewegtes Nachtleben. Zahlreiche Kultureinrichtungen und Clubs bieten jungen und alten Einwohner*innen und Gästen Platz zur Entfaltung und zum Feiern. Mit der Abschaffung der Sperrstunde im Jahr 2018 wurde eine wichtige bürokratische Barriere aus dem Weg geräumt. Gleichzeitig hat die Verdrängung von Lokalitäten durch Bauvorhaben längst begonnen. Clubs wie das „So & So“ oder auch die Distillery müssen Neubauprojekten weichen. Investor*innen ignorieren die gewachsenen und etablierten kreativen Einrichtungen.

Wir setzen uns ein für:

- die höhere Gewichtung von kulturellen Bestandsnutzungen gegenüber Bau-Investor*innen
- die Einführung eines Leipziger Clubkatasters, um bei Bauvorhaben und -planungen die Interessen aller Beteiligten besser berücksichtigen zu können und bestehenden Orten Bestandsschutz zu ermöglichen
- Ausschöpfung von Beratungs- und Fördermöglichkeiten für bessere Lärmschutzisolierungen, um ein konfliktfreies Miteinander von Kulturorten und Wohnbebauung zu ermöglichen
- die Bereitstellung städtischer Freiflächen für nicht-kommerzielle Open-Air-Kulturveranstaltungen
- die Einführung des „Agent of Change“-Prinzips, durch welches Bauherren dazu verpflichtet werden bei Bauvorhaben in Clubnähe für passiven Lärmschutz zu sorgen.

Für DIE LINKE heißt Digitalisierung vor allem auch Medienbildung. Wir brauchen dafür pädagogische Konzepte und die entsprechende Ausstattung von Schulen und kulturellen Einrichtungen. Wir wollen digital erlebbare Museen. Die Volkshochschule und die städtischen Bibliotheken sollen an dieser Entwicklung beteiligt werden und Weiterbildungen speziell für Pädagog*innen anbieten. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken erhalten. Denn eine Gesellschaft ohne Bibliotheken hat keine Zukunft.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Digitalisierung des Bestandes der Museen
- ein Nutzungskonzept eCulture
- den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld, am Runkiplatz und in der Südvorstadt nach dem Vorbild der Georg-Maurer-Bibliothek in Plagwitz
- den Erhalt der Bibliothek in Holzhausen
- die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und die Förderung von E-Learning
- die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der Medienpädagogik.

Mit dem Bildungszentrum Grünau werden Stadtteilbibliotheken und Bürger*innenamt zentralisiert. Wir setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums ein, damit in Grünau ein Ort der Kultur und Bildung bestehen bleibt. In der Volkshochschule und der Musikschule müssen dringend die Honorare der Dozierenden angepasst werden, um eine faire Bezahlung abzusichern. Bürokratische Hürden für einen Mehrverdienst freier Mitarbeitenden müssen dabei reduziert werden. Außerdem sollen möglichst viele Honorarstellen in feste Stellen umgewandelt werden. Seit langem fordern wir ein Sportmuseum. In der kommenden Wahlperiode muss der Plan dazu endlich umgesetzt werden.

6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze

Fast dreiviertel aller Leipziger*innen sind sportlich aktiv, davon sind etwa hunderttausend als Mitglieder in Leipzigs Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Deshalb stehen wir für die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur in Leipzig. Die dafür im Sportprogramm

2024 und im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030“ (INSEK) vorgesehenen Maßnahmen müssen finanziell untersetzt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Neubau einer wettkampfgerechten Sporthalle in Böhlitz-Ehrenberg
- den Neubau von Sportplatzanlagen, insbesondere in den Stadtbezirken Ost, West, Nord und Süd
- den Neubau mindestens einer Schwimmhalle, bevorzugt im Stadtbezirk Süd
- die weitere Sanierung von Leipzigs Sportstätten (insbesondere der Radrennbahn, der Anlagen im Stadion des Friedens, im Alfred-Kunze-Sportpark, im Bruno-Plache-Stadion und auf der Sportanlage Teichstraße)
- Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade und Spielangebote
- Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen wie Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließung
- eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die Verwaltung
- eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen
- mehr Hallen- und Platzwart*innen auf den Leipziger Sportanlagen durch Schaffung von 30 festen Stellen.

Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt des Olympiastützpunktes in Leipzig
- die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den Schwimmsport.

Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes Leben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
- mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und Sportvereinen
- geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für nichtorganisierten Freizeitsport
- die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen und den Leipziger Sportvereinen.

Sport verbindet. Er bietet Möglichkeiten und Chancen für Integration und ein faires Miteinander.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der Herausforderungen von Integration und Inklusion
- den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Menschen mit Behinderungen erschweren.

6.5. Moderne und bevölkerungsnaher Verwaltung

Den Anforderungen einer wachsenden Stadt in einer zunehmend digitalisierten Welt muss sich auch Leipzigs Stadtverwaltung stellen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum der Stadt entsprechen. Die Personalvorgaben des Freistaats, die diese Fakten nicht berücksichtigen, können dafür keine Grundlage sein. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeitende sind nicht nur zufriedene Bürger*innen, sie sorgen auch für zufriedene Bürger*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs
- ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze erhöht
- eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht
- die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen
- ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und Erfahrungswissen
- die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen
- eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürger*innenfreundlicheren Gestaltung von Verwaltungsvorgängen
- einen städtischen Betriebskindergarten
- die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürger*innenämter

Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrant*innen besser einzubeziehen, setzen wir uns ein für:

- die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrant*innen
- einen höheren Anteil von Migrant*innen in verantwortlichen Positionen der Stadtverwaltung

- die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung
- den Einsatz von Sprachmittler*innen im Gesundheitswesen, in Behörden, Ämtern und Bildungseinrichtungen
- Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiter*innen und Pädagog*innen zum Erwerb interkultureller Kompetenz.